

Lohnbewegung der Wiener Straßenbahnbefiensteten.

Im Verbandheim Mariabill fand vorgestern abends eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Straßenbahnbefiensteten aller Diensteskatégorien statt, in der nach Referat des Reichsrats-Abgeordneten August Forstner, des Verbandssekretärs Weigl und nach einer stürmisch verlaufenen Debatte der einhellige Beschluß gefaßt wurde, dem Gemeinderatspräsidium in den nächsten Tagen neue Forderungen in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen Zweigen des Straßenbahndienstes zu überreichen.

Reichsrats-Abgeordneter Forstner betonte den Ernst des Beratungsgegenstandes und bemerkte, daß nur eine restlose Erfüllung der Forderungen die Straßenbahner zur Ruhe bringen könne und die Gewähr für die Aufrechterhaltung des Straßenbahnbetriebes biete. Das Gemeinderatspräsidium kenne die Organisation der Straßenbahner, den Verband der Handels- und Transportarbeiter Oesterreichs und wisse, daß diese Organisation bei Aufstellung von Forderungen nicht allein „A“, sondern auch „B“ sage, wenn sich die Notwendigkeit herausstellt. Er hoffe, daß sowohl im Stadtrat, wie auch im Gemeinderat die notwendige Einsicht für die Wünsche der Straßenbahner vorherrsche. Mit „paar Sechserln“ Zusätze könne man in heutiger Zeit nicht die Existenz der Befiensteten sichern. Man könne freilich nicht so viel geben, was der Mensch heute brauchen würde, aber halbwegs so viel, daß er menschenwürdig leben kann, denn mit Kraut und Erdäpfel allein kann das Leben eines Menschen nicht erhalten werden. (Rufe: Und selbst das bekommen wir nicht!)

Der Sekretär des Handels- und Transportarbeiterverbandes Oesterreichs, Weigl, legte sodann die von den Vertrauensmännern der Straßenbahner gemeinsam mit der Leitung des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter ausgearbeiteten Forderungen der Versammlung zur Beschlußfassung vor und bemerkte, daß sich hierbei die Organisation nur auf jene Postulate beschränkt habe, deren Erfüllung unbedingt und sofort notwendig seien.

Das Wesentliche der Forderungen für alle Diensteskatégorien der Straßenbahner ist eine fünfzigprozentige Erhöhung der gegenwärtigen Kriegszulage, Gleichstellung der Kriegsausfühler beiderlei Geschlechtes mit den ständigen Befiensteten hinsichtlich der Entlohnung, 48stündige Normalarbeitszeit in der Woche, viermalige Auszahlung des Aufschaffungsbeitrages innerhalb eines Jahres, und zwar auch im laufenden Jahre, Einrechnung von mindestens 1200 Kronen der Kriegszulagen in die der Pensionsberechnung zugrunde gelegte Lohnsumme, doppelte Einrechnung der Kriegsjahre bei Bemessung der Pension, Abgabe von Lebensmitteln und Schuhen zu billigen Preisen an die Befiensteten, volle Koalitionsfreiheit und Anerkennung der von den Befiensteten erwählten gewerkschaftlichen Organisationen und deren Vertrauensmänner. Für den Betriebsdienst werden eine fünfundzwanzigprozentige Erhöhung des Grundlohnes, die Gleichstellung der Frauen mit den Männern hinsichtlich der Entlohnung, Bezahlung der Ueberstunden mit einem 33igen Zuschlag auf den auf die Stunde entfallenden Lohn, Beschränkung der Ueberstundenarbeit auf drei Stunden täglich, sechzig Prozent Zuschlag für Einzelfahrten, Erhöhung der Fahrzulagen auf Kr. 2.50 und der Kommandierungsgebühr auf Kr. 6.—; ferner die Einführung der Tageskassen und wöchentlicher Turnusplan gefordert. Letzteres zu dem Zwecke, damit die Befiensteten ihre Entlohnung kontrollieren können, und die Turnuspläne deshalb, damit sie stets auf eine Woche voraus ihre ganze Diensterteilung wissen. Auch für die Befiensteten der Hauptwerkstätten, den Werkplätzen, den Bahnhofswerkstätten und für die als Schreiber in den Kanzleien tätigen kriegsinvaliden Straßenbahner wurden einige spezielle Forderungen gestellt.

In der Debatte sprach ein Werkstättenarbeiter die Zustände in der Hauptwerkstätte und meint, daß das Publikum noch lange auf einen geregelten Verkehr warten müsse. Wie kann es denn einem Arbeiter freuen, Ueberstunden zu machen, wenn er pro Stunde mit Kr. 1.68 entlohnt wird,

während beispielsweise ein Dreher im Privatbetriebe für die Normalarbeitsstunde 3 bis 4 Kronen und für Ueberstunden dem doppelten Lohn erhält. Wie mit den Befiensteten in den Werkstätten der Straßenbahn umgegangen wird, beweise der Vorgang, daß man im vergangenen Winter von den Arbeitern verlangte, daß sie bis 12 Uhr nachts Schnee schaufeln müssen. Der sich weigerte, diese Arbeit zu tun, wurde mit Entlassung bedroht. Viele dieser Arbeiter besaßen äußerst schlechte Schuhe und wurden nach dieser Arbeit krank. Die Straßenbahnbefiensteten waren seit der Kommunalisierung des Betriebes stets nur ausgebeutete Sklaven. Ein anderer Redner machte davon Mitteilung, daß am heutigen Tage Gemeinderäte in den verschiedenen Dienstabteilungen erschienen sind und dort eine Dienstverlängerung für die Befiensteten forderten, damit sie der Versammlung entzogen werden können. (Stürmische Psuirufe.)

Stürmische Kundgebungen folgten, als ein Straßenbahnbefiensteter erklärte, daß ein Hinausziehen der Erfüllung dieser Forderungen absolut nicht geduldet werde und das Memorandum unverzüglich vom Gemeinde- und Stadtrat erledigt werden müsse. Hierauf wurden unter stürmischen Beifallskundgebungen die Forderungen einhellig angenommen und die Versammlung geschlossen.